2020/33 Inland

https://jungle.world/artikel/2020/33/streit-ums-rotlicht

Die Pandemie befeuert die Debatte über Prostitution in Deutschland

Streit ums Rotlicht

Von **Guido Sprügel**

Prostituierte und Bordellbetreiber demonstrieren derzeit für die schnelle Wiederzulassung ihrer Geschäfte. Andere sprechen sich nicht nur wegen des Infektionsschutzes dagegen aus. Bundestagsabgeordnete und Prostitutionsgegner fordern ein generelles Sexkaufverbot auch über das Ende der Pandemie hinaus.

»Rotlicht an« – unter diesem Motto demonstrierten in den vergangenen Wochen Prostituierte in Hamburg, Köln, Stuttgart und weiteren Städten. Die Betreiberinnen und Betreiber der gleichnamigen Kampagne fordern die schnelle Wiedereröffnung von Bordellen und Rotlichtbezirken. Denn für die Branche sieht es wegen der Pandemiemaßnahmen schlecht aus.

16 Bundestagsabgeordnete von CDU/CSU und SPD hatten sich bereits im Mai nicht nur dafür ausgesprochen, aus Gründen des Infektionsschutzes die derzeit geltenden Prostitutionsverbote längerfristig beizubehalten. Sie hatten auch vorgeschlagen, ein generelles Sexkaufverbot in Deutschland einzuführen (**Schwitzen, Atmen, Pandemie - *Jungle World* 31/2020**). Ende Juli schloss sich ein Zusammenschluss von 26 Organisationen, darunter Terre des Femmes, Abolition 2014 und Sisters e. V., in einem offenen Brief der Forderung nach einem Sexkaufverbot an.

> Ende Juli forderte ein Zusammenschluss von 26 Organisationen in einem offenen Brief ein Sexkaufverbot.

Die Prostitutionsdebatte läuft also, die Fronten sind, vorsichtig ausgedrückt: verhärtet. Die Gegnerinnen und Gegner des Sexkaufs befürworten das sogenannte Nordische Modell. »Es wurde 1999 in Schweden eingeführt und basiert auf mehreren Säulen: Zunächst werden die Freier kriminalisiert, während die Anbieterinnen und Anbieter sexueller Dienstleistungen straffrei bleiben. Darüber hinaus gibt es umfangreiche Angebote zum Ausstieg aus der Prostitution und Aufklärungsmaßnahmen in Schulen und der Gesellschaft«, sagt Manuela Schon, die zum Netzwerk »Linke gegen Prostitution« gehört, einem Zusammenschluss in der Linkspartei, der den offenen Brief, der das Sexkaufverbot

fordert, ebenfalls unterzeichnet hat. »Prostitution hat immer mit Gewalt zu tun. In der Regel folgt sie immer noch der Logik ›Mann kauft Frau‹. Viele Frauen landen aber eben nicht freiwillig in der Prostitution, sondern haben Traumata, kommen aus schwierigen Familienverhältnissen oder haben anders keine Chance auf dem Arbeitsmarkt«, so Schon im Gespräch mit der *Jungle World*.

Bereits 2014 forderte das Europäische Parlament die Mitgliedsstaaten der EU in einer Resolution dazu auf, ein Sexkaufverbot nach nordischem Vorbild einzuführen. Allerdings kam kein Staat diesem Appell nach. Island und Norwegen hatten das Modell bereits 2009 übernommen. Es ist langfristig angelegt. Durch umfangreiche Aufklärungskampagnen und Schulunterricht über das Rollenverständnis der Geschlechter sollen sich Einstellungen und Wertvorstellungen verändern. Nach Ansicht von Befürwortern zeigen sich erste Erfolge, so sollen insbesondere junge schwedische Männer Sexkauf deutlich stärker ablehnen als früher. Die Zahl der registrierten Prostituierten sank seit der Einführung des Modells in Schweden rapide. Zurzeit gibt es in dem Land offiziellen Angaben zufolge etwa 1 600 Prostituierte. Im Vergleich zu Deutschland mit knapp 33 000 gemeldeten Prostituierten und einer Dunkelziffer von geschätzt zwischen 200 000 und 400 000 ist das trotz der unterschiedlichen Bevölkerungszahlen eine geringe Zahl.

Tamara Solidor, die Generalsekretärin des Bundesverbands erotische und sexuelle Dienstleistungen (BesD), kann dem Nordischen Modell nichts abgewinnen. Sie ist selbst Sexarbeiterin, bietet einen Escort-Service an und arbeitet gelegentlich in Bordellen. »Das Grundproblem ist, dass in der Regel über uns, aber selten mit uns gesprochen wird. Und es wird selten gesellschaftlich akzeptiert, dass Frauen und Männer sich bewusst und bei klarem Verstand für die Prostitution entscheiden. Gegen Menschenhandel und Ausbeutung muss natürlich vorgegangen werden. Aber dafür gibt es auch heute schon die entsprechenden Gesetze«, sagt Solidor der *Jungle World*. Als Akademikerin habe sie sich bewusst für die Sexarbeit entschieden. Die Gesellschaft verurteile diese Tätigkeit immer noch. »Man kann nicht offen über das Thema Sexarbeit sprechen. Es ist immer noch anrüchig, unmoralisch und angeblich immer mit Zwang einhergehend. Die Sexarbeit wird immer nach anderen Kriterien bemessen als andere Arbeitsfelder«, so Solidor. Dabei ermögliche diese Tätigkeit Flexibilität, einen niedrigschwelligen Zugang zum Arbeitsmarkt und eine unbürokratische Selbständigkeit.

Solidor übt deutliche Kritik am Nordischen Modell: »Es drängt Sexarbeiterinnen in die Illegalität, in den Graubereich. Und dann findet die sexuelle Dienstleistung eben nicht mehr sicher und sauber in einem angemeldeten Bordell statt, sondern auf einem dunklen Parkplatz, im Wald oder in irgendeiner illegalen Wohnung. Dort gibt es keinerlei Schutz.« Die schwedische Ausstiegsberatung hält Solidor für eine Farce. Es gebe kaum Arbeitsplätze für Ausstiegswillige, die häufig keine berufliche Ausbildung und zudem mit dem Stigma der Prostitution zu kämpfen hätten. Der BesD fordere daher eine Art Einstiegsberatung in einer »Peer-to-Peer-Situation«. »Viele entscheiden sich dann gegen eine Tätigkeit in der Sexarbeit«, so Solidor.

Auch andere Organisationen lehnen das Nordische Modell ab, zum Beispiel die Mitternachtsmission in Dortmund. Die Beratungsstelle für Prostituierte, ehemalige Prostituierte und Opfer von Menschenhandel wird finanziell von der evangelischen Kirche

unterstützt und verrichtet seit den Achtzigern aufsuchende und akzeptierende Arbeit im sogenannten Rotlichtmilieu. »Wir respektieren zunächst die Entscheidung von Frauen und Männern, im Bereich der Prostitution zu arbeiten«, sagt Andrea Hitzke, die Leiterin der Dortmunder Einrichtung. Dem Nordischen Modell kann auch sie wenig abgewinnen. »Wir arbeiten hier mit Frauen zusammen, die aus Schweden kommen. Und viele berichten, dass die ›netten und anständigen‹ Freier wegblieben, während die skrupellosen und gewalt-affinen weiterhin kämen. Die Angst vor Strafandrohung verschreckt die Anständigen. Und da der gesamte Prozess der Abwicklung eines Treffens – von der Taxifahrt zur Prostituierten bis zum Vermieten einer Wohnung an diese – kriminalisiert werden kann, verlagert sich die Prostitution in unkontrollierbare Graubereiche«, sagt Hitzke.

Von einem generellen Umdenken der Männer im Umgang mit Frauen könne keine Rede sein. »Laut Eurostat liegt Schweden bei der Zahl der angezeigten Vergewaltigungen in Europa an zweiter Stelle«, so Hitzke. Die Initiative »Linke gegen Prostitution« verweist diesbezüglich jedoch auf andere Informationen: Untersuchungen in Schweden hätten ergeben, dass Freier in stärkerem Maß für Vergewaltigungen verantwortlich seien, während die Gruppe der Nichtfreier deutlich seltener solche Taten begehe.

Einig sind sich Befürworter und Gegner in einem Punkt: In Deutschland sind schätzungsweise 80 bis 90 Prozent der Prostituierten nicht krankenversichert. Dabei gab es diverse Anläufe, um dies zu ändern. Im Jahr 2002 verabschiedete die damalige rot-grüne Bundesregierung mit Stimmen der Opposition das Prostitutionsgesetz. Es sollte die rechtliche und soziale Stellung der Prostituierten verbessern. Für Manuela Schon von der Linkspartei wurde Deutschland dank des Gesetzes allerdings zum »Bordell Europas«.

Das Problem der fehlenden Krankenversicherung hat es jedenfalls nicht gelöst, auch das 2016 verabschiedete sogenannte Prostituiertenschutzgesetz hat daran kaum etwas geändert. »Wir kennen Fälle, in denen Krankenkassen von Frauen aus Bulgarien und Rumänien zunächst einmal 24 000 Euro für die Aufnahme verlangten. Die Kassen argumentierten, dass die Frauen ja in ihrem Heimatland nie krankenversichert gewesen seien, deshalb müsse zunächst dieser Einmalbetrag eingebracht werden«, sagt Hitzke. Diese Hürden sind gerade für Frauen aus Osteuropa nicht zu überwinden.

In einem weiteren Punkt besteht Einigkeit zwischen Prostitutionsbefürwortern und -gegnern: Alle sprechen sich gegen die Ausbeutung von Zuwanderinnen aus Staaten wie Bulgarien und Rumänien in der Prostitution aus, eine Ausbeutung, die es in ähnlicher Form auch bei Erntehelfern und im Baugewerbe gibt. Doch in der Frage »Rotlicht an oder aus?« dürfte noch lange Zwietracht herrschen.

© Jungle World Verlags GmbH